

Calmer Wochenblatt

Nr. 241

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Verrechnungswiese: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile M. 10.—
Wochen M. 30.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.—. Fernspr. 9.

Montag, den 16. Oktober 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn M. 3.15.—, vierteljährlich. Hofbezug
preis M. 5.16.— mit Beleggeb.—. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Im Rathenaumordprozess ist am Samstag das Urteil über die Angeklagten gefällt worden. Die Strafen sind im Hinblick auf die Tatsache des planmäßigen Mordes sehr mäßig.

In Berlin fanden gestern sehr schwere Ausschreitungen statt, die von kommunistischer Seite inszeniert waren.

Die Reparationsfrage ist nach der vorläufigen Beruhigung der Lage im Orient wieder in den Vordergrund getreten. Der englische Vorschlag, Deutschland auf 5 Jahre von den Reparationszahlungen zu befreien, wird von französischer Seite entschieden bekämpft. Man will in Paris die Reparationsfrage nur im Zusammenhang mit der Tilgung bzw. Herabsetzung der französischen Schulden an die Alliierten behandelt wissen und die etwaige Herabsetzung der deutschen Zahlungen auch nur unter der Bedingung weitestgehender Kontrolle des deutschen Außenhandels und eines Ausgleichs des deutschen Staatshaushalts, d. h. also wohl der Erhebung neuer Steuern oder Anleihen, wodurch die deutsche Volkswirtschaft letzten Endes weiter geschädigt wird.

Der Gefahr der Festigung einer Gegenkoalition der Ostvölker gegen die Entente wurde durch die Annäherung Frankreichs an die Türkei zu begünstigt, sowie durch die Wiederaufnahme näherer Beziehungen zu Rußland. Nach den Äußerungen des nach Rußland abgeordneten Abgeordneten Herriot scheinen die Bolschewisten geneigt zu sein, die Vorkriegsschulden an Frankreich anzuerkennen, und Herriot rechnet schon mit einem neuen Wiederaufbau der freundschaftlichen Beziehungen wie unter dem Jarentum. Das sich die Bolschewisten von den französischen Nationalisten so für ihre Zwecke ausnützen lassen wie die Jarentenregierung zu ihrem Verderben, das möchten wir doch bezweifeln, denn man wird wohl in Moskau kein so kurzes Gedächtnis haben für die freundschaftliche Absicht der Niederwerfung der Bolschewisten durch die Gegenrevolutionäre.

Die Reparationsfrage.

Die neuen französischen Reparationsvorschläge.

Paris, 14. Okt. „Deuvre“ teilt mit, daß die französischen Vorschläge über die Reparationszahlungen von Barthou erst am kommenden Freitag der Reparationskommission in der üblichen Wochenversammlung unterbreitet werden. Das Blatt schreibt, die französischen Vorschläge gingen von dem Grundsatz aus, daß es unerlässlich sei, die deutschen Finanzen zu sanieren, daß dieser Zweck aber nur durch die Einschränkung der Inflation erreicht werden könne und zwar durch die Kontrolle des Außenhandels und den Ausgleich des Budgets.

Die englischen Vorschläge.

Paris, 14. Okt. Die Reparationskommission veröffentlicht einen Bericht über den von Sir John Bradbury unterbreiteten Vorschlag zum Ausgleich des deutschen Budgets und zur Stabilisierung der deutschen Mark. Der Plan enthält folgende Vorschläge: 1. Das deutsche Budget ist nahezu völlig von den äußeren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag zu entlasten, eventuell bis zu der Dauer von vier Jahren, um so Deutschland die Möglichkeit zu geben, Kredite zu erhalten. 2. den Markkurs zu stabilisieren durch eine Vereinbarung, durch die die Reichsbank ermächtigt wird, Gold gegen Papiermark zu einem von einer gemischten Kommission festzusetzenden Preis zu verkaufen. Die Reparationskommission zu reorganisieren und ihren Sitz nach Berlin zu verlegen.

Frankzösische Kritik an den englischen Vorschlägen.

Paris, 15. Okt. Der der Reparationskommission überreichte Plan Bradburys zur Stabilisierung der Mark und Sanierung der deutschen Finanzen wird von der französischen Presse fast einmütig, wenn nicht abgelehnt, so doch stark kritisiert. Die Gründe, die seine Unannehmbarkeit und Wirkungslosigkeit dargun sollen, faßt das „Echo de Paris“, offenbar beeinflusst, folgendermaßen zusammen: 1. Der Plan Bradburys zerstöre endgültig, was von der finanziellen Solidarität der Alliierten noch übrig geblieben sei. 2. Er zerstöre die Sachlieferungen, weil die Länder, die sie zu empfangen wünschten, gezwungen wären, sie zu bezahlen. 3. Mit Hilfe des Planes könne man nicht dazu gelangen, die Mark zu stabilisieren, weil notwendigerweise das Deutsche Reich, nachdem man das Vertrauen in die Zukunft seiner Währung wieder hergestellt habe, gezwungen wäre, seine inneren Anleihen in Papiermark abzulösen, die in Goldmark wieder rückzahlbar

seien. Bei der vorgeschlagenen Kombination würde sich das Publikum beilen, seine Papiermark gegen die verfügbaren Goldsummen umzutauschen, wodurch kein Ergebnis erzielt werde. 4. Der Plan schiebe die Regelung der interalliierten Schulden auf und bestimme nicht ihre Zahlung. Er stelle jedoch den gefährlichen Grundsatz auf, daß die Gläubigerstaaten durch die ersten Zahlungen Deutschlands bezahlt werden sollen. 5. Er zerstöre den Londoner Zahlungsplan vom Mai 1921 und stelle nichts Präzises an seine Stelle.

Entspannung der Orientkrisis.

Die Räumung Thrakiens durch die Griechen.

Wien, 16. Okt. Wie die Blätter melden, hat die Regierung dem Oberkommandierenden der griechischen Armee in Thrazien die Anweisung erteilt, mit der Zurückziehung der Truppen zu beginnen.

Angora, 16. Okt. Die ersten 2500 Mann türkischer Gendarmerie werden unverzüglich nach Thrazien abgehen. Im ganzen sind 8000 Mann vorgesehen.

Konstantinopel, 16. Okt. Der griechische Oberkommissar Simopoulos hat das Protokoll von Mudania unterzeichnet. — Wie gemeldet wird, soll die Räumung Thrakiens durch die Griechen heute um Mitternacht unter Kontrolle der Alliierten beginnen. Die an der Tschataltscha-Linie stehenden Franzosen werden die Grenzlinie überschreiten und zum Zwecke der Räumung durch die Griechen vorrücken. Die britischen Streitkräfte werden gleichfalls über die Grenze vorgeschoben werden.

Französische Hoffnung auf Rußland.

Paris, 15. Okt. Der Abgeordnete Herriot hat dem Berliner Vertreter des „Journal“ nach seiner Rückkehr aus Rußland Mitteilungen gemacht, aus denen hervorzuhelien ist, daß die Volkskommissare grundsätzlich geneigt sind, die russischen Vorkriegsschulden im ganzen Umfang anzuerkennen. Nur die Extremisten machten gewisse Reserven. Sie wollten eine allgemeine Anerkennung durch eine vorübergehende Regelung erleben, wozu allein die Kleinrentner, die russische Papiere besäßen, Nutzen ziehen sollten. Wenn Frankreich mit gleicher Aufrichtigkeit die Arme Rußland entgegenstrecke wie unter Nikolaus II., so könne es, wenn es wolle, in Rußland wieder eine beherrschende Rolle spielen. Die Russen würden, wie es scheint, eine französische Mission, zusammengesetzt aus klarblickenden Unternehmern, Industriellen, Finanzleuten, Politikern und Intellektuellen annehmen, die nach Rußland komme, um die Lage zu studieren und mit den Sowjets zu beraten. Sie würden sich nicht weigern, mit dieser Kommission ernstlich über die Regelung der Schuldenfrage zu verhandeln. Augenblicklich sei die Zahlungsmöglichkeit der Russen gleich null, aber sie hätten gesagt, 5 oder 6 gute Enten würden genügen, um die Dinge radikal umzuändern.

Ausland.

Aufhebung des Verbots

der schwedischen Viehausfuhr nach Deutschland.

Stockholm, 14. Okt. Die schwedische Regierung hat beschlossen, das Verbot der Ausfuhr von Rindern nach den Ländern, in denen die Maul- und Klauenseuche herrscht, darunter Deutschland, aufzuheben.

Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamts.

Genf, 11. Okt. Am 12. Oktober tritt in Genf der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamts zusammen, der die internationale Arbeitskonferenz vorbereitet und eine Reihe von Beschlüssen der letzten Völkerbundsversammlung zu erledigen hat. Als eine der wichtigsten Fragen stehen auf der Tagesordnung die Frage der Zulassung der deutschen und eventuell der spanischen Sprache. Deutschland ist durch den Geh. Ministerialrat Dr. Leymann und Dr. Ruttich vom Reichsarbeitsministerium und den Präsidenten des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Reipart, vertreten.

Genf, 11. Okt. An den verschiedenen sozialpolitischen Beratungen in Genf nehmen außer den bereits gemeldeten deutschen Persönlichkeiten teil: Der Leiter des Berliner Büros des internationalen Arbeitsamts, Staatsminister a. D. Schlicke und der Vorsitzende des Fabrikbundes, Aufhäuser.

Die französischen Gewerkschaften

für die Verteidigung des 8-Stundentags.

Paris, 15. Okt. Der Nationalrat des Allgemeinen Arbeiterverbands (C. G. S.) trat gestern zusammen und sprach

sich in einer Resolution für die Verteidigung des Achtstundentags aus, der von der Reaktion bedroht sei. Der Nationalrat forderte die Vertreter der Gewerkschaftsinternationale, namentlich die Gewerkschaften der Transport- und der Bergarbeiter auf, ihre Tätigkeit zu vereinigen, um dem Ansturm, der in der ganzen Welt gegen den Achtstundentag zu erkennen sei, Widerstand zu leisten.

Zur Streikbewegung in der französischen Handelsmarine.

Paris, 10. Okt. Nach einer Havas-Nachricht aus Marseille hat eine von den streikenden Angestellten der Handelsmarine heute vormittag einberufene Vollversammlung eine Tagesordnung angenommen, in der sie von dem Beschluß der Meeder, die paritätische Kommission nicht zu beistimmen, Kenntnis nimmt und erklärt, daß diese so vor der öffentlichen Meinung sich selbst verurteilen.

Das Urteil im Rathenaumordprozess.

Das Urteil.

Leipzig, 14. Okt. Das Urteil im Prozess wegen des Rathenaumordes vor dem Staatsgerichtshof wurde um 3 Uhr verkündet. Es werden verurteilt: Ernst Werner Tschow wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Hans Gert Tschow wegen Beihilfe und Begünstigung zu 4 Jahren 1 Monat Gefängnis, Günther wegen Beihilfe in Tateinheit mit Begünstigung zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, v. Salomon und Niedrig wegen Beihilfe zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Tisseman unter Freispruch von der Anklage wegen Beihilfe und Begünstigung wegen Vergehens gegen die Verordnung über Waffenbesitz zu zwei Monaten Gefängnis, Schütt und Diesel wegen Begünstigung zu zwei Monaten Gefängnis, Tiesse wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung zu drei Jahren Gefängnis, Pias wegen desselben Vergehens zu zwei Jahren Gefängnis. Freigesprochen werden Warnede, Steinbeck und Böß unter Auferlegung der Kosten auf die Reichskasse. Außerdem wurde auf Einziehung der Maschinenpistole erkannt. Die Gefängnisstrafen von Schütt und Diesel gelten als durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Die Urteilsbegründung

Berlin, 14. Okt. Die Urteilsbegründung geht davon aus, daß der Rathenaumord eines der schrecklichsten Verbrechen der Geschichte war, an dessen Folgen unser gequältes Vaterland unfähig gelitten hat und noch leiden wird. Wenn in diesem furchtbaren Winter Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern durch Hunger und Kälte zugrunde gehen, so ist das zum größten Teil auf die Mörder Rathenaus zurückzuführen, denn Dr. Rathenau wäre der Mann gewesen, dies zu verhindern. In der Begründung heißt es dann weiter, daß sich die eigentlichen Mörder, Kern und Fischer, der irdischen Gerechtigkeit entzogen haben. Die heute Verurteilten waren ihre willenlosen Werkzeuge. Kern und Fischer haben unter Mißbrauch ihres Ansehens die Verurteilten in ihren Bann gezogen, um sie als Gehilfen für ihre Tat zu gewinnen, und haben sie dann ihrem Schicksal überlassen. Obwohl man den Verurteilten ein gewisses Mitleid nicht versagen könne, wären doch die scharfen Strafen am Platz. Die Urteilsbegründung stellt dann ausdrücklich fest, daß die Strafen nicht nach dem Gesetz zum Schutze der Republik gefällt worden sind, sondern nach dem bisher geltenden Strafrecht. In der Sitzung, in der die Verkündung des Urteils erfolgte, waren außerordentliche scharfe Vorichtsmaßnahmen seitens der Sicherheitspolizei getroffen worden. — Vor dem Gerichtsgebäude wartete eine sehr große Menschenmenge auf die Verkündung des Urteils.

Das Plaidoyer der Verteidiger.

Leipzig, 13. Okt. Vor Beginn der Sitzung verkündigte der Vorsitzende den Gerichtsbeschuß bezüglich der Angeklagten Schütt und Diesel. Der Oberreichsanwalt hatte beantragt, die beiden wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord außer Verfolgung zu setzen. Der Staatsgerichtshof beschließt nunmehr, die Kosten des Verfahrens in diesem Punkte der Staatskasse aufzuerlegen. Die Anklage gegen diese beiden Angeklagten lautet daher nur noch auf Begünstigung. Der Verteidiger Hahn beantragte, den früheren Vorgesetzten Kerns, Korvettenkapitän von Zinsewig, vorzuladen, der ein längeres Telegramm sandte, in dem er nach seiner genauen Kenntnis der Natur Kerns die Überzeugung auspricht, daß die Aussagen Tschows, er sei durch die Drohung Kerns, ihn niederzuschießen, veranlaßt worden, ihm sein Ehrenwort zur Mithilfe zu geben, auf Wahrheit beruht. Hierauf führte Dr.

Alsberg in seinem Plaidoyer als Verteidiger Schütt's und Diefels aus, Schütt und Diefel seien von rein menschlichem Mitleid mit Personen, die sie für verfolgt hielten und denen sie Asylrecht gewährten, in eine Sache hineingezogen worden, die ihnen politisch und menschlich ferngelegen habe. Die Verhandlung habe bewiesen, daß sie von den Absichten, die Kern und Fischer in ihr Haus getrieben haben, nicht das Geringste gewußt haben. Daß Tschow nach der Tat zu Schütt zurückgekehrt sei, sei zu verstehen. Daraus habe sich aber für Schütt der furchtbare Gedanke der Mitwisserschaft ergeben. Die Drohung Kerns, Vertreter gingen um die Ecke, sei vor seine Seele getreten. Er habe gefürchtet, sich der Rache der Rechtsboschewisten auszusetzen. Gegen die Mittätertheorie des Oberreichsanwalts erhebe er Einspruch. Eine Mittäterenschaft erfordere, daß die Tat als seine eigene gewollt sei. Diese Tätigkeit könne aber nur vorfächlich und mit Bewußtsein ausgeübt werden. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts erfordere auch Mittäterchaft positives Tun und könne nicht durch Unterlassen begangen werden. Er beantragte für Schütt und Diefel einen Freispruch.

Leipzig, 13. Okt. Auch Verteidiger Rechtsanwalt Goldstücker beantragte für die Angeklagten Schütt und Diefel Freisprechung. — Verteidiger Dr. Bloch sprach für Tillesen und Ploaß. Die Verhandlung habe keinen Beweis dafür erbracht, daß Tillesen an dem Komplott beteiligt gewesen sei. Er bitte nicht um milde Auffassung, sondern um klare Erkenntnis: Freispruch. — Nach Beendigung der Plaidoyers erklärte der Vorsitzende, daß die nächste Sitzung zur Urteilsverkündung auf morgen Samstag, mittags 12 Uhr, angelegt werde. Es sei aber mit der Möglichkeit zu rechnen, daß bis dahin die Beratungen noch nicht zu Ende geführt werden könnten. In diesem Fall erfolge die Urteilsverkündung um 3 Uhr. — Nach einer Pause ergriff Oberreichsanwalt Dr. Ebermaier das Wort und sagte in einer Replik, die Drohung Kerns an Tschow, ihn zu erschließen, sei nicht vor dem Anschlag, sondern nachher erfolgt. Im übrigen habe er keinen Anlaß, auch bezüglich seiner andern Anträge etwas zu ändern oder von seinen Ausführungen etwas zurückzunehmen. — Verteidiger Dr. Greving beantragte sofortige Haftentlassung Tsemanns, da von einer Beihilfe keine Rede sein könne. — Der Vorsitzende fragte sodann die Angeklagten, ob sie noch etwas zu erklären hätten. — Ernst Werner Tschow: Ich kann nur wiederholen, daß ich die volle Wahrheit gesagt habe. Ich kann gar nicht schildern, welche Selbstvorwürfe ich mir gemacht habe. Um mein Gewissen zu beruhigen, habe ich offen dargelegt, was ich getan habe. Ich kann deshalb vertrauensvoll eine gerechte Sühne in Ihre Hände legen. — Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Beratung über den Antrag auf Haftentlassung Tsemanns zurück. Nach etwa eineinhalbstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende das Ergebnis. Das Gericht habe in Erwägung gezogen, daß es nicht möglich sei, die Handlungsweise Tsemanns vorweg zu beurteilen. Es sei deshalb nicht in der Lage, jetzt in eine eingehende Beratung über Tsemann allein einzutreten und müsse den Antrag ablehnen. — Darauf wurde die nächste Sitzung zur Verkündung des Urteils auf morgen mittags 12 Uhr anberaumt.

Berliner Pressfestimmen.

Berlin, 15. Okt. Die heutigen Morgenblätter besprechen das Urteil des Leipziger Staatsgerichtshofs im Rathenau-Prozess. Die „Deutsche Zeitung“ nennt die Strafen ungeheuerlich. Die Tschows gehörten in eine Besserungsanstalt. Die „Kreuzzeitung“ schreibt, absolute Klarheit sei darüber geschaffen, daß die deutschnationale Volkspartei und andere nationale Vereinigungen in keinerlei Beziehungen zu dem Mord standen. Der „Tag“ äußert sich ähnlich. In der „Germania“ werden die Beteiligten als unchristlich und undeutsch charakterisiert. Deutschland komme aus der Mordluft nicht heraus, wenn nicht das „Liebe deine Nächsten“ Gewicht erhalte. In der „Voss. Zeitung“ heißt es, der Prozess habe erwiesen, daß es Mordorganisationen in Deutschland gebe und die Anstiftung zum Mord bei uns gefahrlos sei. Die Fäden des planmäßigen Kampfes gegen die Republik seien unentwirrt. Das „Berliner Tageblatt“ spricht die Hoffnung aus, daß durch das gerechte und würdige Urteil des Staatsgerichtshofs das Antraut, das den Boden der Republik mit Unfruchtbarkeit bedrohe, entwirrt werde. Der „Vorwärts“ vermisst die Enthüllung der Mordorganisationen und hält das Urteil nicht für eine republikanische Tat, die man erwartete. Die „Rote Fahne“ glaubt, daß der Prozess die vollkommene Untauglichkeit des Staatsgerichtshofs erwiesen habe. In der „Volkzeitung“ fordert Hans Hyan die sofortige Beschlagnahme der sämtlichen in der Rathenau-Mordsache zustande gekommenen Polizeiprotokolle durch den Oberreichsanwalt bzw. den beauftragten Untersuchungsrichter. Ferner müsse der Angeklagte Günther unter schärfster im Sinne der Schutzhaft gebachte Bewachung gestellt werden. Die aus der Tatsache des Giftmordversuchs sich ungewisshaft ergebende Folgerung sei die Gewißheit, daß Günther unendlich viel mehr wisse, als er bisher ausgesagt habe. Es sei dringend erforderlich, ihn so zu halten, daß nicht etwa der außerordentlich weitreichende Arm der Organisation Consul bis in seinen Gewahrsam hineinklinge.

Deutschland.

Schaffung einer wertbeständigen Anleihe.

Berlin, 16. Okt. Der „Montagspost“ zufolge werden demnächst Zufahbestimmungen zu der Devisenordnung erscheinen, die eine Reihe noch vorhandener Lücken ausfüllen sollen. Namentlich werde bei der Umwandlung der Verordnung des Reichspräsidenten in ein Gesetz von der Regierung beim Reichstag beantragt werden, Bestimmungen einzufügen, die die Wirksamkeit der Vorschriften erhöhen und insbesondere die nachträgliche Revision der bisher getätigten Devisengeschäfte ermöglichen werde. Nach

Oberamtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung.

Die Stadt Pforzheim bringt zur Behebung des derz. Bargeldmangels von Mitte Oktober ds. Js. ab städtisches Notgeld bis zum Betrag von 200 Millionen Mark in Abschnitten von 100 M und 500 M in Verkehr.

Die öffentlichen Gemeinde- und Körperschaftskassen des Bezirks werden hievon benachrichtigt mit dem Ersuchen, das Notgeld der Stadt Pforzheim als öffentliches Zahlungsmittel anzunehmen.

Calw, den 13. Oktober 1922.

Oberamt: G. ö. s.

derselben Quelle soll die vom Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagene Schaffung einer wertbeständigen Anleihe zur Kapitalanlage für inländische Sparer jetzt auch die grundsätzliche Genehmigung des Kabinetts gefunden haben. Die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, mit dessen Ausarbeitung das Finanzministerium betraut sei, stehe schon für die nächsten Tage bevor.

Der preußische Richterverein gegen die Beleidigungen durch die Rheinlandkommission.

Berlin, 13. Okt. Die in Berlin versammelten Vertreter des preußischen Richtervereins haben folgenden Beschluß gefaßt: Die interalliierte Rheinlandskommission hat die Vollstreckung der gegen Smeets erlassenen rechtskräftigen Strafurteile deutscher Gerichte mit der Begründung untersagt, daß die deutschen Behörden bei der Strafverfolgung nicht von der reinen Sorge um die Gerechtigkeit, sondern von einer politischen Stellungnahme beseelt gewesen seien. Die heute in Berlin versammelten Vertreter des preußischen Richtervereins erheben Einspruch dagegen, daß durch dieses Verbot in unerhörter Weise in die deutsche Rechtspflege eingegriffen wird. Es erblicken in der Begründung den Vorwurf, daß deutsche Richter ihre Pflicht, allein nach Recht und Gerechtigkeit zu entscheiden, verletzt haben und weisen diesen Vorwurf mit Entrüstung zurück. Von den berufenen Stellen des Reichs und Preußens erwarten sie einen wirksamen Schutz der aufs schwerste verletzten deutschen Justizhoheit.

Die Kosten der deutschen Delegation in Genua.

Berlin, 12. Okt. Ein rechtsstehendes Hamburger Blatt hatte dieser Tage behauptet, die Kosten der deutschen Delegation in Genua hätten im ganzen 2,25 Milliarden Mark betragen und eine Nachtragsforderung in dieser Höhe werde demnächst an den Reichstag gelangen. Wie von zuständigen Stellen demgegenüber mitgeteilt wird, sind für den Aufenthalt der deutschen Delegation in Genua im ganzen 1,015 Millionen Lire ausgegeben worden, die damals mit einem Aufwand von rund 15 Millionen Papiermark beschafft wurden. Dazu kommen noch einige andere Ausgaben und die Kosten für Reisen auf ausländischen Bahnen, die noch nicht voll verrechnet sind. Keinesfalls ist mit einer höheren Ausgabe als von insgesamt 27 bis 38 Millionen Mark zu rechnen, also etwa dem hundertsten Teil der Summe, die das Hamburger Blatt genannt hatte.

Schwere Ausschreitungen in Berlin.

Berlin, 15. Okt. Der Bund für Freiheit und Ordnung hatte für heute Vormittag 10 Uhr seine Mitglieder nach dem Zirkus Busch zu einer Versammlung eingeladen, in der bekannte Redner über Deutschlands Not sprechen sollten. Bereits um 9 Uhr sammelten sich infolge eines Aufrufs der „Roten Fahne“ mehrere hundert Personen vor dem Zirkus an, die die Versammlungsteilnehmer durch Nebensarten belästigten und tätlich angriffen. Als Schutzpolizei einem Verletzten zu Hilfe eilte, wurde in Panik am Hinterkopf schwer verletzt, sodas er bewußtlos niederstürzte. Eine zufällig vorbeifahrende Radfahrerpatrouille der Schutzpolizei von vier Mann wurde von den Rädern gerissen und niedergebrosen. Die Räder wurden gestohlen. Als weitere Verstärkungen der Schutzpolizei heranrückten, war die Menge bereits bis auf etwa 1000 Personen angewachsen. Bei der Räumung des Platzes vor dem Zirkus wurde den Beamten großer Widerstand entgegengebracht. Neun Rädelführer wurden festgenommen. Einem weiteren Aufgebot der Beamten gelang es schließlich, die Demonstranten in die Seitenstraßen abzutreiben. Nach den bisherigen Feststellungen dürften von den Teilnehmern der Versammlung und von den Demonstranten 26 verletzt sein. Vier Beamte wurden verletzt, davon zwei sehr erheblich. Bei den Tumulten am Eingang des Zirkus wurden mehrere Fensterheben und Türen zertrümmert. Den Verhafteten wurden auf der Wache Dolche, Totschläger, Schlagringe und andere gefährliche Waffen abgenommen. Von den zwei schwerverletzten Unterwachmeistern starb der eine. Man hatte die Beamten hinterwärts überfallen und ihnen mit ihren eigenen Seitengewehren die Verletzungen beigebracht. Zwei Versammlungsteilnehmer wurden von Demonstranten ins Wasser geworfen, von einem Fischer aber gerettet. Ein Zeitungverkäufer, der die „Deutsche Zeitung“ feilbot, wurde von der Menge furchtbar mißhandelt und seiner Zeitungen beraubt. Nach Ansicht der Ärzte dürfte er nicht mit dem Leben davonkommen. Um 11 Uhr war die Versammlung beendet. Die Teilnehmer gingen in kleinen Trupps auseinander. Die Seitenstraßen wurden immer noch von zahlreichen Demonstranten besetzt gehalten.

Nach einer späteren Meldung zerstreuten sich schließlich die Demonstranten in den nächsten Nachmittagsstunden, ohne daß es zu weiteren Zusammenstößen kam. Einer der verletzten Demonstranten, der einen Bauchschuß erhielt, erlag seinen Verletzungen.

Berlin, 16. Okt. Wie die „Berliner Montagspost“ meldet, hat der Berliner Polizeipräsident auf die Ergreifung der verbrecherischen Urheber der gestrigen blutigen Zusammenstöße am Zirkus Busch eine Belohnung von 500 000 Mark ausgesetzt. Für die Methode, die bei der Durchführung der kommunistischen Agitation angewandt wurde, ist, wie das Blatt nach einer mehrheitssozialistischen Korrespondenz mitteilt, charakteristisch, daß der festgenommene Obmann des Berliner Obdachlosenajls ausgesagt hat, daß die Asylisten von der kommunistischen Partei zur Teilnahme an der Demonstration besonders aufgeboten worden seien. Aus den von den Kommunisten für die Asylisten gesammelten Geldern habe dieser Obmann des Ajls 200 M, die übrigen Asylisten je 13,50 M erhalten. Der Obmann, sowie die Geldgeber wurden verhaftet. Wie die Blätter ferner melden, kam es nach Schluß der Kundgebung am Zirkus Busch zu neuen Zusammenstößen am Kastanienwäldchen. Die Kommunisten überfielen und sprengten einen Zug der Versammlungsteilnehmer. Auch mehrere Studenten, die von der Feier der Rektoratsübergabe aus der Universität kamen, wurden mißhandelt. Gegen diejenigen, die die kommunistische Aktion inszeniert haben, wird das Strafverfahren wegen Landfriedensbruchs, Anstiftung zum Landfriedensbruch und Aufforderung zu strafbaren Handlungen eingeleitet werden.

Berlin, 16. Okt. Das Polizeipräsidium teilt mit, daß die Nachricht über den Tod des bei dem gestrigen Zusammenstoß schwerverletzten Unterwachmeisters der Schutzpolizei erkranktlicherweise nicht den Tatsachen entspricht. Der Beamte ist aber sehr schwer verletzt und befindet sich now nicht außer Lebensgefahr.

Der Fehrenbachprozess.

Die Strafanträge des Staatsanwalts.

München, 12. Okt. In der heutigen Nachmittagsverhandlung im Fehrenbachprozess hielt der Staatsanwalt sein Plaidoyer. Die Anklage gegen Fehrenbach hielt er in allen Punkten aufrecht, dem er vorwarf, daß er Landesverrat verübt habe, als Deutschland am schwersten darniederlag. Sein Strafantrag lautete gegen Fehrenbach auf 15 Jahre Zuchthaus. Gegen Gargas, der als polnischer Spion die deutsche Gastfreundschaft mißbraucht habe, um Deutschland an seine Feinde zu verraten, beantragte er eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren und 10 Jahre Ehrverlust. Lembke habe als Vertreter der halbamtlichen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gegen Judaslohn eine gefährliche Tätigkeit entfaltet. Gegen ihn lautete der staatsanwaltliche Strafantrag auf vierzehn Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

München, 12. Okt. Der Sachverständige Thimme erklärte, daß das Rotterdamer Büro ein politisches Informationsbüro für eine fremde Macht sei. Der eigentliche Leiter des Büros sei im übrigen zweifellos ein Deutscher, der sich an eine fremde Macht verkauft habe. Die Berichte Lembkes seien von A bis Z Tartarennachrichten. In mehreren Fällen habe Fehrenbach wider besseres Wissen die Unwahrheit gesagt. Thimme glaubt, daß Eisner seine Alibiabfertigungen bewahrt beging. Auf weitere Fragen erklärte der Sachverständige, daß gewisse Berichte Fehrenbachs eher eine das Reichswohl fördernde als schädigende Wirkung gehabt haben könnten. Einige Berichte jedoch könnten gefährlich werden. Hinsichtlich des Gargas ist der Sachverständige überzeugt, daß er im großen und ganzen in deutsch-freundlichem Sinne handelte. Für das Verhalten Fehrenbachs sei in erster Linie der Kampf für die Reichseinheit ausschlaggebend gewesen. Er wolle einen Druck auf die Reichsregierung wegen der Separationsbestrebungen ausüben. — Damit wurde die Beweisaufnahme geschlossen.

Steuerhinterziehung.

Berlin, 12. Okt. Die „Neue Berliner Morgenzeitung“ meldet: Die Essener Polizei deckte in der Spiritusbrennerei von Krautkramer auf hunderte von Millionen sich belausende Steuerhinterziehungen und Unregelmäßigkeiten, die seit zwei Jahren fortgesetzt wurden, auf. Der Brennereibesitzer hatte ein geheimes Rohr anlegen lassen, durch das er nachts den Spiritus ablaufen ließ, während er bei Tag das mit der offiziellen Kontrolluhr versehene Rohr benutzte. Außerdem öffnete er die Kontrolluhr mit einer Plombenzange, die ihm ein Zollassistent überlassen hatte. Er ließ Wasser durch die Kontrolluhr laufen, wodurch der 25prozentige Spirit um zwei Drittel verwässert wurde, so daß die Uhr nur 11 Prozent Alkohol zeigte. Der Brennereibesitzer, der noch vor 2 Jahren arm war, ist jetzt Millionär. Die Polizei hat eine Anzahl von ihm getaufter Häuser beschlagnahmt und ihn, sowie den Zollassistenten verhaftet.

Deutsches Zeitungspapier in Amerika.

In einer der letzten Nummern des „Buchhändlerbörsenblattes“ ist folgendes Erlebnis mitgeteilt, das ein Deutscher gehabt hat, der mit offenen Augen durch die Vereinigten Staaten gereist ist. Vor einigen Monaten, so schreibt er, stand ich in Newyork im Zeitungspalaste Hearsts. Ich wurde durch die Maschinenräume, durch die Riesendrucker geführt. Plötzlich stand ich vor ungeheuren Papierballen, die für die tägliche Auflage von fünf Millionen nötig sind. „Hier finden Sie Abgesandte aus der Heimat,“ sagte mein amerikanischer Begleiter, „die ganze Hearst-Presse wird auf deutschem Papier gedruckt.“ Wer das Format der amerikanischen Blätter und ihre Auflagen kennt, wird sich ein Bild machen können, welche riesige Mengen bei solchen Lieferungen in Frage kommen. Und es wäre nur zu hoffen, schreibt dazu die „Frankfurter Zeitung“, daß der Mehrerlös, den die deutschen Papierfabriken aus dieser Ausfuhr gewinnen, in volstem Maße der inneren deutschen Papierwirtschaft zugute käme, um das weitere Sterben der deutschen Presse zu verhindern.

Der Schulro- gehobener Stel-

Der „Schwä- ern- und Wein- 14. Oktober 19- Hältnisse auf d- daß dort anst- De den p r o- 350 M in Calw- and dann zum- gegeben worh- fraglichen- das Oberamt- seiner Aussicht- dieses Artikele- handle, und do- Behörde in Er- von De e n p- den und daß h- Anrufen des A- Wahrheit! De- Gewährsmann-

Behebung

Die Verei- zur Behebun- Notgeld beab- gen Behörde- direktorium- Reichsbank S- Verfügung zu- für das würd- gen bereit ge-

für die

Am den S- getreides zu er- ditmangel nac- schlossen, allen- des ersten Dr- Bestimmung d- senden Getreie- Höhe des auf- angefahr 250

Mitwirkun

Die ungu- Herbstarbeit- Kartoffelernt- der Mangel a- ständen ganz- läßlich, der- für diese Arb- konjt zur We- Kirchen- und- Vorsoorge get- Urlaub an ei- mittagsunter- Schulen auch- Ablauf der o- dürftis in je- Rechnung get- der städt. Sch- der Kürze der-

N. en i- Fuß hoch, ab- sehend. Auf- mit einer Pf- mit gelben P- auch nicht, u- Im Gesicht, d- er die Züge- Leichtsinns. Krügen belad- der Nähe der- Spannung in- graste auf de- waren zwei- dem Rasen ge- die sie unter- bei dem heiß- nur aus einig- nirgends, den- Unterdesse- trachten, ist d- hinuntergegan- öftermühe wa- Strafe, die vo- Augenscheinli- Weile dorthin- herum und fa- so lang nicht k-

Württ. Landtag.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Okt. In rascher Folge und mit einer Sachlichkeit, die schon in der gestrigen Sitzung angenehm auffiel, beriet der Landtag heute eine Reihe von wichtigen Gesetzen. Das über die Aenderung des Gemeindegewahlrechts wurde an den Ausschuss weitergegeben. Den Entwurf über Gewährung eines Darlehens an die württ. Zeitungsverleger begründete Finanzminister Dr. Schall mit der Höhe der Papierpreise. Es handelt sich um einen Kredit von 50 Millionen an den Verein Württ. Zeitungsverleger, der eine Kommission zur Verteilung unter Mitwirkung staatlicher Beamten einsetzt. Abg. Schermann (Ztr.) begrüßte das rasche Vorgehen der Regierung und wünschte, daß der Kredit nicht bloß zur Papierbeschaffung verwendet werden darf, sowie daß vor allem die kleinen Zeitungsverleger berücksichtigt werden. Ströbel (W.B.) beantragte Verweisung in den Finanzausschuss zur näheren Aufklärung. Heymann (Soz.) mißbilligte letzteres und bezeichnete den Kredit als viel zu klein, um die Presse aus den Klauen der Zellstoffsyndikate zu befreien. Schneid (Komm.) lehnte die Vorlage ab, weil er befürchtete, daß gewisse Parteien berücksichtigt werden, und verlangte Ausschussberatung. Bickes (D.B.) bedauerte diese Verzögerung, aber auch Schaeff (Dem.) erklärte sich für Ausschussberatung und verlangte, daß die Regierung sich bei der Reichsregierung für Maßnahmen gegen die Preistreiber der Zellstoff-Syndikate einsetzt. Dann wurde der Entwurf einstimmig dem Finanzausschuss überwiesen. Bei dem Entwurf über die Aenderung des Gemeindegewahlrechts entschloß man sich ebenfalls ohne Debatte für die Ueberweisung an den Ausschuss für Innere Verwaltung. Die Ausführungsbestimmungen zum Reichsiedlungsgesetz begründete Minister Reil. Diese Vorlage könne nur die landwirtschaftliche Siedlung fördern. Man müsse besonders auf die Hebung der Produktion bedacht sein. Ströbel (W.B.) mahnte, dafür zu sorgen, daß die neu zu schaffenden bäuerlichen Betriebe auch lebensfähig sind. Kriegsbeschädigte seien zu bevorzugen. Die staatlichen Einzelgrundstücke und Moorland könnten ohne weiteres aufgeteilt werden. Das Eigentumsrecht sei weitgehendst zu wahren. Ruggaber (Soz.) verlangte die Auflösung der

Fideikomisse. Braig (Ztr.) wünschte, daß die Durchführung den württembergischen Verhältnissen angepaßt werde. Bei der Enteignung von Großgrundbesitz sei der Besitz des Staates in erster Linie heranzuziehen. Auf die persönliche Eignung der Siedler sei genau zu achten. Auch das Zentrum stimme dem Entwurf zu. Spieß (Dem.) warnte davor, die großen Güter allzu sehr zu beschneiden, verlangte aber Entgegenreten gegen die volksschädigenden Ausschreitungen des Großgrundbesitzes. Das Siedlungsgesetz könne manches alte Unrecht wieder gut machen. Mittwoch (Komm.) versprach sich mehr von einer Enteignung der Fabriken als des Großgrundbesitzes, weil es bei diesem nur wenige volkswirtschaftlich schädigende Großbetriebe gäbe. Hartmann (D.B.) wünschte Heranziehung des Staatsbesitzes, zweifelte aber an der Durchführbarkeit des Gesetzes unter dem Druck des Versailler Vertrags. Nachdem noch Oberregierungsrat Dr. Häffner verschiedene Fragen beantwortet hatte, wurde der Entwurf an den Volkswirtschaftlichen Ausschuss verwiesen. Samstag vorm. 10 Uhr: Ausschusssitzungen, Darlehen an die Zeitungsverleger und Gemeindegewahlrecht.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Okt. In seiner letzten Sitzung dieser kurzen Herbsttagung nahm der Landtag zunächst das Gesetz über die Gewährung eines Darlehens an den Verein Württ. Zeitungsverleger gegen die Stimmen der Kommunisten und einiger Bauernbündler samt den Ausschussanträgen an, die dahin gingen, bei der Reichsregierung eine Heranziehung der Ausfuhrerträge für die Unterstützung der Presse und eine Erhöhung der Entgelte in die Papiererzeugnisse sowie eine frühere Ausbezahlung der Postabonnementsgelder zu verlangen. Ein kommunistischer Antrag Schneid, da gesamte Anzeigenwesen zu verstaatlichen, wurde abgelehnt. Eine ziemlich umfangreiche Debatte entspann sich dann aus der zweiten und dritten Lesung des Gesetzes über die Aenderung des Gemeindegewahlrechts. Bod (Ztr.) erstattete den Bericht des Ausschusses für innere Verwaltung, der die Aufenthaltspflicht von 6 Monaten auf 1 Jahr heraufsetzte. Bei kleinen Bahnen, wo nur ein Wahlvorschlag eingebracht wird, sollen auch Personen, die nicht auf dem Vorschlag stehen, gewählt werden. Auch der Samstag soll als Wahltag gelten. Demgegenüber beantragte Winter (Soz.) Streichung der Aufenthaltspflicht, Stetter (K.) Streichung jeder Befristung der Wahlberechtigung. Mühlberger

(Dem.) empfahl für Kommunalwahlen den Samstag. Minister Graf verwarf energisch den Gedanken, daß jeder zufällig in eine Gemeinde Anwesende sich an den Gemeindegewahlen beteiligen könne. Im übrigen habe sich kein Mensch gegen die Sonntagswahlen ausgesprochen. Stetter (Komm.) stellt mit Unterstützung von Ulrich (Soz.) den Antrag, politisch Gefangene zu den Gemeindegewahlen zuzulassen. Der Antrag Stetter wurde abgelehnt, desgleichen der Antrag Winter. Der Ausschussantrag auf Zulassung der Samstagwahl wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten angenommen. Bei der 3. Beratung fand aber in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 32 Stimmen ein Antrag Ulrich (Soz.) auf Verlängerung der Wahlzeit am Samstag bis 8 Uhr abends Annahme und so wurde schließlich das ganze Gesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen. Nächste Sitzung unbefristet.

Kleine Anfrage.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Okt. Vom Bauernbund wurde folgende Kleine Anfrage im Landtag eingebracht: Die für den Weinbau ebenfalls recht ungünstige Herbstwitterung macht es notwendig, den diesjährigen Wein durch den geschlechtlich gestatteten Zudeckungs zu verbessern. Ist das Staatsministerium bereit, beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft dafür einzutreten, daß den württ. Weingärtnern gleich wie in den letzten Jahren auch jetzt wieder entsprechende Mengen Inlandszucker zugeteilt werden? — Ein großer Teil der Getreide- und Dehmente, sowie der Obst-, Kartoffel- und Rübenenernte ist noch nicht eingeerntet und bei dem anhaltenden Regenwetter dem Verderben ausgesetzt. Die vorhandenen Hilfskräfte reichen nicht aus, um die Ernte einzubringen, da sie der Landwirtschaft fast restlos durch die Industrie entzogen werden. Ist der Minister des Kirchen- und Schulwesens bereit, dahin zu wirken, daß sämtliche Schulen geschlossen werden, bis der größte Teil unserer Früchte eingeheimst ist, so daß Lehrer und Schüler sich an der Bergung unserer in diesem Jahr besonders wichtigen Lebens- und Futtermittel beteiligen können?

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der W. Döschlger'schen Buchdruckerei, Calw.

Bergorte Oberamts Calw.

Nadelstammholzverkauf

im schriftlichen Aufstreich am Samstag, den 21. Oktober 1922, nachmittags 1 Uhr, auf dem Rathaus in Michelberg.

- Los Nr. 1: Distr. II Hünerberg Abt. 2 u. 3 Nr. 501 bis 573 Langholz Fm. 79,80 I., 26,79 II., 10,26 III., 5,19 IV., 3,28 V., 1,13 VI. Klasse. Sägholz Fm. 4,06 I., 4,14 II., 1,44 III. Klasse.
- Los Nr. 2: Distr. II Hünerberg Abt. 3 Nr. 574 bis 600 Langholz Fm. 38,53 I., 14,43 II., 6,86 III., 1,33 IV. Klasse. Sägholz Fm. 6,00 I. Klasse.
- Los Nr. 3: Distr. II Hünerberg Abt. 3 Nr. 601 bis 656 Langholz Fm. 83,13 I., 14,56 II., 8,80 III., 6,89 IV., 0,28 V. Klasse. Sägholz Fm. 9,53 I., 1,40 II., 1,42 III. Klasse.
- Los Nr. 4: Distr. III Michelberg Abt. 4 Nr. 657 bis 710 Langholz Fm. 74,53 I., 11,21 II., 9,05 III., 2,77 IV., 0,82 V. Klasse. Sägholz Fm. 8,78 I., 1,66 II., 1,85 III. Klasse.
- Los Nr. 5: Distr. III Michelberg Abt. 4 Nr. 711 bis 782 Langholz Fm. 70,81 I., 18,08 II., 18,39 III., 3,58 IV., 3,85 V. Klasse. Sägholz 15,98 I., 1,35 II., 1,20 III. Klasse.
- Los Nr. 6: Distr. III Michelberg Abt. 8 u. 9 Nr. 783 bis 848 Langholz Fm. 21,20 I., 18,76 II., 36,60 III., 6,38 IV., 2,07 V. Klasse. Sägholz Fm. 1,70 I., 6,12 II., 1,31 III. Kl.
- Los Nr. 7: Distr. I Meßtern Abt. 6, Nr. 851 bis 904 Langholz Fm. 38,42 I., 20,99 II., 7,27 III., 3,35 IV., 2,48 V., 1,19 VI., Kl. Sägholz Fm. 15,75 I., 1,06 II., 0,17 III. Kl.
- Los Nr. 8: Distr. I Meßtern Abt. 7, Nr. 905 bis 997 Langholz Fm. 55,94 I., 53,02 II., 9,19 III., 2,68 IV., 4,25 V., 1,74 VI. Klasse. Sägholz Fm. 3,71 I., 6,18 II., 2,78 III. Kl.
- Los Nr. 9: Distr. I Meßtern Abt. 7, Nr. 998 und 999. Langholz Fm. 5,27 I. Klasse Forstchen.
- Los Nr. 10: Distr. I Meßtern Abt. 7 Eichen Fm 0,99 III., 1,60 IV., 0,97 V. Klasse.

Bedingungslos schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose sind, in Prozenten des Forstpreises für 1922 ausgedrückt, bis spätestens

Samstag, den 21. Oktober 1922, nachmittags 1 Uhr,

zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der Angebote stattfindet, bei dem Schultheißenamt einzureichen.

Auskunft erteilt Waldschütz Feder mann hier.

Gemeinderat.

Statt Karten.

Eugen Bock
Anna Bock, geb. Maier

Vermählte

Brözingen Hirfan.

Gehingen.

Die Gemeinde verkauft einen schweren

Schlachtfarren.

Angebote sind bis spätestens Mittwoch, den 18. ds. Mts., nachmittags 5 Uhr hier einzureichen.

Den 14. Oktober 1922.

Schultheißenamt: gez. Schmid.

Achtung!

Hausfrauen und Bürger

der guten Stadt Calw und Umgebung!

Streng reell! Streng reell! Streng reell!

Alles ist sprachlos über die Preise, die wir bezahlen!

Unsere Haupt-Spezialität sind Flaschen.

Für Hausstumpen	10 Mk.	Für Rheinweinflaschen 3/4 l.	20 Mk.
" Wollgefärbtes	60 "	" Bordeauxflaschen	10 "
" Neutuch-Abfälle	20 "	" Sekt-Flaschen	8 "
" Knochen	10 "	" Magg-Flaschen	10 "
" Bücher u. Zeitungsreste	12 "	Ferner kaufen wir:	
" Zeitungen	15 "	kl. Sekt-, Likör-, Cognak-, Lorcher-, Knorr-, Bordeueller-, Wasser- und dänische Milchflaschen, Jakobiner-, Venezianer-, Holländer- und Burgunderflaschen von 3-30 Mk.	
" Aktien	18 "	Alleien z. d. höchst. Tagespreis.	
" Stempelpapier	10 "	Hausiert wird nicht, aber auf Wunsch im Hause abgeholt.	
" Kupfer	200 "	Bei größeren Quantums Sonderpreise.	
" Messing	120 "	Der Ankauf erfolgt von Dienstag früh bis Donnerstag abend beim Gasthof z. Rappen in Calw, sowie Dienstag u. Mittwoch vor dem Gasthof zur Sonne in Bad Liebenzell. Für Geschäftsempfehlung erhält jedes Kind ein schönes Geschenk.	
" Zinn und Blei	60 "	Hochachtend	
" Zinn bis zu	300 "	Schlösser & Grubele aus Stuttgart.	

Christian Widmaier
Emilie Widmaier
geb. Holzäpfel
Vermählte.

Eine Partie sehr schöner

gezinkt. Risten

als Werkzeugkasten usw. verwendbar, verkauft

Gotthilf Bihler.

Auf 1. November wird ein flüchtiges und flüchtiges

Rüchen-Mädchen

bei hohem Lohn gesucht.

Hotel Waldhorn.

Bez.-Handels- u. Gewerbe-Verein Calw.

Zur Besprechung wegen eines

Buchführungs- u. Meisterprüfungskurses,

zu welchem jedermann zugelassen wird, versammeln sich etwaige Teilnehmer am

Mittwoch, den 18. Oktober, abends 6 Uhr

in der Gewerbeschule in Calw.

Vors. H. G. Ebig.

Kentheim, den 14. Oktober 1922.

Dankagung.



Anlässlich des Ablebens unseres lieben, unvergesslichen Vaters, Großvaters, Schwiegervaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Joh. Georg Bühler

ist uns von vielen Seiten herzliche Anteilnahme an unserem unersehlichen, schweren Verlust erwiesen worden, für die wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank zum Ausdruck bringen.

Ganz besonders danken wir für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte, für die vielen Blumenpenden, den Herren Ehrenträgern, dem Singchor für den ergebenden Gesang, dem Veteranen- und Militärverein Calw für den warmen Nachruf am Grabe, Herrn Stadtpfarrer Eberhard und endlich allen denen, die dem Entschlafenen in seinen schweren Leidestagen Liebes und Gutes taten.

Die trauernden Kinder.

Größeres Anwesen

womöglich mit kleinem Hofraum, für Handwerker geeignet, zu kaufen gesucht.

Angebote unter M. C. 240 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Guterhaltenes

Mandoline

ist preiswert zu verkaufen

Stuttgarterstr. 381 III. St.

Geld in jeder Höhe für alle Zwecke an jedermann gegen Ratenzahlung durch

H. Nagl, Ravensburg, Käfteler.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

In einer Aus...
Volkspartei...
Bereinigten...
Berichtigung...
wünschten...
derzeitigen...
zwar durch...
Finanzschie...
Fraktionen

In Engla...
ernste Reg...
Konservativ...
George weg...
gen seiner...
George hat...
wesen sei, d...
sei. Er jud...
den Kampf...
er reaktion...
er andeutet...
den ihm tre...
davon abh...
Franzosen...
gegen ihn.

Um d...
Berlin, 1...
chung der...
Deutschen...
beim Reichs...
statt. An d...
der Reichsm...
präsident...
partei, Stre...
Bedenken ge...
der Wahl an...
ter der übr...
Parteien sch...
in früheren...
an, die zuri...
Verchiebung...
unmöglich je...
es namens...
schiebung de...
provisorische...
Seine Partei...
an dem vor...
des Gesetz, d...
denten in ei...
können, da di...
ändern. Ob...
lasse er dah...
die Ausprach...
ation gesch...
teien nochm...
Wahl in kur...
der Sozialde...
Volkspartei...
fällig gewor...
über die Lö...
änderndes G...
men. Die...
vertagt.

Zent...
Berlin, 17...
parteienschu...
ten Vors...
Prinzip z...
aus verfassu...

Liond...
London, 14...
kürte der Pre...
die englische...
Krieg zu stürz...
Schuldigung a...